

Die Landrätinnen und Landräte
der von den Schließungen der KVBW-
Notfallpraxen betroffenen Landkreise

Karlsruhe, 17.10.2024

An den
Minister für Soziales, Gesundheit und Integration
des Landes Baden-Württemberg
Herrn Manne Lucha
Else-Josenhans-Straße 6
70173 Stuttgart

Sehr geehrter Herr Minister,

zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres hat die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) beschlossen, zahlreiche Notfallpraxen in Baden-Württemberg zu schließen. Sie tut dies erneut, ohne bei ihren Entscheidungen die Landkreise, Städte und Gemeinden oder die Krankenhäuser und den Rettungsdienst als Mitverantwortliche in der medizinischen Notfallversorgung zuvor beteiligt zu haben. Diese werden vielmehr vor vollendete Tatsachen gestellt.

Wir, die Landrätinnen und Landräte der von den Beschlüssen betroffenen Landkreise, sind in großer Sorge um die Zukunft nicht nur der Notfallversorgung, sondern auch der Regelversorgung in unseren Landkreisen. Schon heute sind landesweit rund 1.000 Hausarztsitze nicht besetzt. Der Altersschnitt der Hausärztinnen und Hausärzte ist in vielen Regionen so hoch, dass schon in den nächsten Jahren erhebliche Hausarztkapazitäten wegbrechen werden. Bei den Kinderärzten, also den Hausärzten der Kinder und Jugendlichen, spiegeln die Bedarfszahlen der KVBW die wahre Versorgungssituation längst nicht mehr wider.

Wir unterstützen die KVBW in ihrem Auftrag, die Regelversorgung zu stärken, mit nicht unwesentlichen Ressourcen. Auch wir haben als Ziel, eine gute und sichere medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Ein ums andere Mal betrachtet die KVBW die Dinge aber ausschließlich innerhalb des eigenen Systems. Auswirkungen auf die Krankenhäuser und den Rettungsdienst als die anderen und wesentlich teureren Säulen der Notfallversorgung werden nicht in Überlegungen einbezogen und dortige Auswirkungen der Entscheidungen der KVBW in Abrede gestellt.

Gleichzeitig beobachten wir seit vielen Jahren, dass immer mehr Menschen den Rettungswagen rufen oder in die Notaufnahme gehen, die in einer Arzt- oder Notfallpraxis richtig aufgehoben wären. Es sind auch die Defizite in der ambulanten Regel- und Notfallversorgung, die zu dieser Entwicklung führen. Wer keinen Hausarzt hat, kann nicht den Montag abwarten, um in die Praxis zu gehen. Die Schließung funktionierender Notfallpraxen wird daher nicht nur Patientinnen und Patienten zwingen, mehr Zeit auf der Anfahrt oder im Wartezimmer einer anderen Notfallpraxis zu verbringen, sondern auch die bereits jetzt überlasteten Notaufnahmen der Krankenhäuser und den Rettungsdienst zusätzlich belasten.

Die ambulante Notfallversorgung unkoordiniert immer weiter zu schwächen, halten wir deshalb für den falschen Weg. Wir haben auch Zweifel, ob das Vorgehen der KVBW einer ernsthaften rechtlichen Überprüfung überhaupt standhalten würde. So lässt die KVBW bei ihren Kriterien für die Neugestaltung der Notfallversorgung die Bevölkerungsdichte unberücksichtigt. Werden die Schließungspläne wie geplant umgesetzt, wird es Notfallpraxen geben, die für 400.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohner zuständig sind. Und bei Fahrzeiten von höchstens 30 bzw. 45 Minuten bis zur Notfallpraxis legt die KVBW zugrunde, dass für jeden Notfallpatienten ein Pkw verfügbar ist und dieser ohne jede Verkehrsstörung zu seinem Ziel gelangt. Selbstgewählte Kriterien, die sich nicht an der Lebenswirklichkeit und dem tatsächlichen Bedarf ausrichten, sind ungeeignet, um die notwendige Notfallversorgung sicherzustellen.

Wir haben daher erhebliche Zweifel daran, dass die KVBW ihrem Sicherstellungsauftrag noch gerecht wird und bitten Sie daher eindringlich zu überprüfen, ob die KVBW diesem gesetzlichen Auftrag heute und in Zukunft überhaupt noch hinreichend nachkommt. Denn das ist die gesetzliche Aufgabe Ihres Hauses.

Wir fordern aber auch Unterstützung an anderer Stelle. Nicht die immer weitere Ausdünnung von Angeboten ärztlicher Versorgung, sondern deren sinnvolle Weiterentwicklung muss unser gemeinsames Ziel sein. Hierfür muss sich die KVBW einem ernsthaften Dialog mit den anderen Akteuren des Gesundheitswesens auf regionaler Ebene öffnen. In Fragen der Notfallversorgung braucht es gemeinsame Strukturen des ambulanten und des stationären Sektors. Bei Rückgriff oder Anlehnung der Notfallversorgung an die Krankenhausstrukturen, müssen die hierfür notwendigen Investitionen auch ersetzt werden. Ebenso muss es möglich sei, dass ambulante Leistungen (z.B. Rezeptausstellungen) auch an Wochenenden vollständig abgerechnet werden können und in solchen Fällen die Organisationshoheit der ambulanten Notfallversorgung auch bei den Krankenhausträgern verankert ist. Wir benötigen gerade in Zeiten mit wenig Ressourcen mehr Flexibilität in der Versorgung.

Für einen solchen Dialog sowohl auf Landesebene als auch in unseren Landkreisen stehen wir gerne zur Verfügung. Voraussetzung dafür ist aber, dass das Sozialministerium Baden-Württemberg dies unterstützt und nicht der Eindruck entsteht, dass die KVBW tun und lassen kann, was sie will.

Der Vorstand der kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, erhält eine Ausfertigung des Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Bernhard, Landrat
Landkreis Böblingen



Dr. Christian Ante, Landrat
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald



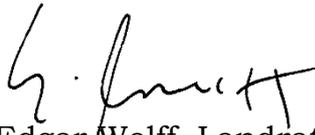
Helmut Riegger, Landrat
Landkreis Calw



Bastian Rosenau, Landrat
Landkreis Enzkreis



Marcel Musolf, Landrat
Landkreis Esslingen



Edgar Wolff, Landrat
Landkreis Göppingen



Norbert Heuser, Landrat
Landkreis Heilbronn



Ian Vincent Schölzel, Landrat
Landkreis Hohenlohekreis



Dr. Christoph Schnaudigel, Landrat
Landkreis Karlsruhe



Marion Dammann, Landrätin
Landkreis Lörrach



Dr. Achim Brötzel, Landrat
Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis



Frank Scherer, Landrat
Landkreis Ortenaukreis



Dr. Joachim Bläse, Landrat
Landkreis Ostalbkreis



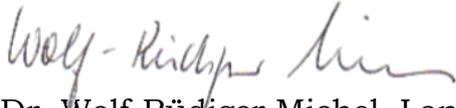
Dr. Richard Sigel, Landrat
Landkreis Rems-Murr-Kreis



Dr. Ulrich Fiedler, Landrat
Landkreis Reutlingen



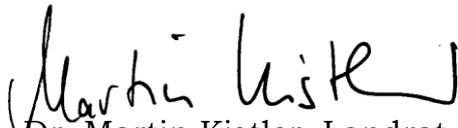
Stefan Dallinger, Landrat
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis



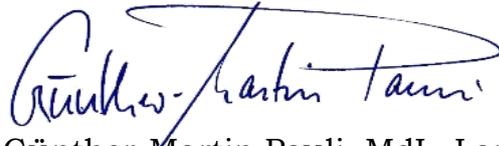
Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Landrat
Landkreis Rottweil



Stefanie Bürkle, Landrätin
Landkreis Sigmaringen



Dr. Martin Kistler, Landrat
Landkreis Waldshut



Günther-Martin Pauli, MdL, Landrat
Landkreis Zollernalbkreis